

bank, beabsichtigt China, seinen Finanzsektor dem Ausland gegenüber nach und nach zu öffnen. Bisher ist ausländischen Finanzinstitutionen der Zugang zu 13 Städten entlang der Küste einschließlich Shanghais ermöglicht. Insgesamt 104 Einheiten ausländischer Finanzinstitute und chinesisch-ausländischer Finanzgemeinschaftsunternehmen haben sich in diesen 13 Städten niedergelassen. Je nach Entwicklungsverlauf der örtlichen Finanzmärkte und des Außenhandels sowie der jeweiligen Gemeinschaftsunternehmen sollen nach und nach auch andere Städte geöffnet werden. Erster Kandidat ist die Hauptstadt Beijing. Ferner werden z.Z. Überlegungen angestellt, eine Ausweitung der Geschäftstätigkeiten für ausländische Finanzinstitute zuzulassen, "einschließlich Yuan-Transaktionen". Zur Zeit sei Chinas Markt jedoch "noch nicht reif" für eine solche Liberalisierung. (HB, 15.8.94) -ma-

*(27)

Boeing-Vertrag

Anfang August 1994 hat der amerikanische Boeing-Konzern den bisher größten Produktionsvertrag mit einem chinesischen Luftfahrtunternehmen unterzeichnet. Das Vertragsvolumen zwischen Boeing und der Xi'an Aircraft Company (XAC) beläuft sich auf rd. 600 Mio. US\$. XAC wird erstmals gesamte Flugzeugteile (rückwärtige Sektion) für zweistrahlige Boeing-737 produzieren. Bereits in der Vergangenheit hat das Unternehmen für Boeing einzelne Komponenten hergestellt, "einschließlich vertikaler Flossen, horizontaler Stabilisierer und Türen für den vorderen Eingang". Diesmal jedoch "ist es das erste Mal, das ein ganzes Teil eines Flugzeuges gefertigt wird." Boeing hat seine Entscheidung damit begründet, daß das Unternehmen "seine Position auf dem am schnellsten wachsenden Markt konsolidieren möchte". 1993 lieferte Boeing insgesamt 46 Düsenflugzeuge nach China bzw. 14% seiner Gesamtproduktion. In diesem Jahr nimmt China weitere 36 Flugzeuge ab. (FT, 9.8.94) -ma-

Binnenwirtschaft

*(28)

Erneute "wirtschaftliche Überhitzung"?

Trotz starker wirtschaftspolitischer Bemühungen der Zentralregierung um die Kontrolle des wirtschaftlichen Wachstums deuten verschiedene wichtige Wirtschaftsdaten darauf hin, daß die Gefahr einer erneuten "Überhitzung" der chinesischen Industriewirtschaft keineswegs gebannt ist. Sorgen bereitet vor allem die als irrational zu bezeichnende "Investitionstätigkeit der staatlichen Unternehmen", die - wie schon in der Vergangenheit - durch geld- und kreditpolitische Maßnahmen offensichtlich nicht unter Kontrolle zu bekommen ist. Auch im Kampf gegen die starken Preissteigerungen für Nahrungsmittel scheinen nur staatliche Zwangsmaßnahmen gewisse Erfolge zu gewährleisten, während der Einsatz indirekter wirtschaftspolitischer Instrumente wenig Erfolg verspricht. Positiv zu Buche schlägt die Entwicklung der Exportwirtschaft, deren Erfolge nicht zuletzt zu einem Anstieg der nationalen Devisenreserven auf über 31 Mrd. US\$ beigetragen haben. Dennoch dürfte die interne Bestandsaufnahme zur Lage der Wirtschaft, die dem Ende September stattfindenden IV. Plenum des Zentralkomitees aller Wahrscheinlichkeit nach vorangeht, wenig Anlaß zu Optimismus bieten. Nach Angaben des Zentralen Statistikbüros ist der landesweit erfaßte Preisindex für Konsumgüter Mitte diesen Jahres um 24,2% höher gewesen als im Vergleichszeitraum 1993. Ferner hatte sich das Inflationstempo in den letzten Monaten zusätzlich beschleunigt. Im März war die Regierung noch von der Überzeugung ausgegangen, die Inflation bis Ende 1994 auf unter 10% zu drücken. Besonders besorgniserregend ist die Tatsache, daß sich die Preissteigerungen in den 35 größten Städten des Landes überdurchschnittlich beschleunigten. Vor allem bei Nahrungsmitteln wurde offiziell ein Preisanstieg von 31,9% eingeräumt, bei Getreide sogar 57,8%.

Langfristig noch bedenklicher erscheint die Tatsache, daß ausgerechnet die staatlichen Unternehmen, die be-

reits seit Jahren durch ineffiziente Produktion und Investitionstätigkeit auffallen, ihre Anlageinvestitionen um 72,9% gesteigert haben. Diese allen wirtschaftspolitischen Vorgaben der Zentrale zuwiderverlaufende Tendenz läßt sich nur aus der Tatsache erklären, daß Provinz- und Ortsregierungen die Restriktionspolitik der Zentrale bewußt unterlaufen. Erschwerend kommt hinzu, daß die Aufschlüsselung der Investitionen nicht für verbesserte Produktionsbedingungen in der Zukunft spricht. So stiegen die Investitionen im Immobiliensektor um 95,8% und beim industriellen Bau um 76,8%, während sie bei der technischen Erneuerung der Unternehmen nur um 20% stiegen. Das heißt, daß ausgerechnet die staatlichen Unternehmen, die sich wegen der zentralen Restriktionspolitik über einen Mangel an Finanzmitteln zum Rohstoffkauf und zur Bezahlung von Löhnen beklagen, das verfügbare Kapital vorrangig für spekulative Zwecke einsetzen.

Unter diesen Bedingungen besteht nur wenig Hoffnung, daß Zhu Rongji, für die Wirtschaft zuständiger "Feuerwehrmann" der Zentralregierung, mit seinem erneuten Appell an die Regionaldirektoren der Chinesischen Volksbank, die Politik des knappen Geldes strikter als bisher durchzuführen, Erfolg haben wird. Vor allem der öffentliche Aufruf, die "vier Arten des Chaos" zu bekämpfen, wirkt eher wie das Pfeiffen im Walde. Bei den "vier Arten des Chaos" geht es um "illegale Beschaffung von Investitionskapital", "illegale gegenseitige Kreditgewährung der Banken untereinander", "illegale Hochzinskredite" und "Gründung illegaler Pseudofinanzinstitute". Der Kampf gegen diese Erscheinungen war bereits im Juli 1993 in den Mittelpunkt der Politik gegen wirtschaftliche Überhitzung gestellt worden. (NZZ, 26.8.94) -ma-

*(29)

Unzureichendes Steueraufkommen

Laut Liu Zhongli, Finanzminister der Volksrepublik China, belaufen sich die nationalen Steuereinnahmen für die erste Hälfte des Jahres 1994 auf 197,9 Mrd. Yuan, was einem Anstieg von 22,6% gegenüber dem Vergleichszeitraum 1993 gleichkommt. Die Ausgaben während der ersten sechs Monate 1994 beliefen sich auf 197,3 Mrd. Yuan

(+27%). Das zum Jahresbeginn eingeführte neue Steuersystem sollte den Anteil der Zentrale an den gesamten Steuereinnahmen von 40% auf 60% im Verlaufe der nächsten drei Jahre erhöhen. Der Anteil der Provinzen und unteren Ebenen soll entsprechend sinken. Die Einnahmen bei der Mehrwertsteuer stiegen um 35,7%, während Einnahmen aus Unternehmenssteuern um 45,7% höher ausfielen. Diese beiden Steuerarten sind die wichtigsten innerhalb des neuen Systems. Dennoch ist das Steuereinkommen laut dem Finanzminister nicht "schnell genug gewachsen". Die Einnahmen beliefen sich nur auf 83% des veranschlagten Volumens. "Steuerhinterziehung war weit verbreitet." Ferner standen die Unternehmen mit insgesamt 16,3 Mrd. Yuan bei den Unternehmenssteuern im Rückstand, was einem Anstieg der Rückstände gegenüber dem Vergleichszeitraum 1993 um 71,5% entsprach.

Neben geringen Steuereinnahmen werden vor allem die Gehaltssteigerungen für die staatliche Beamtenschaft den Haushalt belasten. Diese Erhöhungen, die während der zweiten Jahreshälfte 1994 nach und nach in Kraft treten, "übersteigen die geplante Höhe bei weitem". (AWSJ, 4.8.94) -ma-

*(30)

Steuerbelastung

Unternehmen mit ausländischer Beteiligung klagen in jüngster Zeit über eine zunehmende Steuerbelastung. Dieser negative Trend sei die Folge der jüngsten "ehrgeizigen Reformen". Als die neue Steuerregelung zum 1. Januar 1994 in Kraft trat, hatten die zuständigen Behörden zugesagt, im Rahmen einer sog. "Großvaterregelung" für einen Zeitraum von fünf Jahren einen Steuerabschlag für alle diejenigen ausländischen Unternehmen zu gewähren, die eine Erhöhung ihrer Steuerlast hinnehmen müssen. Tatsächlich jedoch "blockiert das Durcheinander in den örtlichen Ämtern den Zugang zu den versprochenen Steuerabschlägen".

Die Kritik der Unternehmen richtet sich vor allem gegen die aus ihrer Sicht "überhastete und chaotische Einführung des neuen Mehrwertsteuerverfahrens". Die Mehrwertsteuer hat die alte Industrie- und Handelssteuer ersetzt.

Von seiten einzelner Unternehmensvertreter hieß es: "Das klingt alles fantastisch auf der höchsten Ebene, aber wenn man runter auf die örtliche Ebene kommt, dann herrscht totale Verwirrung." Nach Ansicht anderer Unternehmensrepräsentanten besteht jedoch durchaus die Möglichkeit, daß "Absicht" hinter dem Verhalten der örtlichen Ämter steckt. "Der Grund für die Steuerreformen war zugleich die Verbesserung des Systems und mehr Geld zu bekommen. Jetzt, da sie gemerkt haben, daß sie dann, wenn sie alle zugesagten Abschläge und Kredite gewähren, nicht besser dran sind, haben sie die ganze Sache zum Stehen gebracht. Wenn sie dann nicht genug bekommen, werden sie das System ändern, um sicherzustellen, daß sie es bekommen." (SCMP, 15.8.94) -ma-

*(31)

Illegale Abgaben

Die chinesische Regierung beabsichtigt, einen neuen Anlauf zu nehmen, um die Belastung der Bauern durch illegal überhöhte Preise für landwirtschaftliche Betriebsmittel und illegale örtliche Abgaben zu verringern. Nach Untersuchungen in einem ländlichen Kreis der Provinz Hebei belief sich die zusätzliche Belastung der Bauern aufgrund dieser illegalen Forderungen in diesem Jahr auf 1,42 Mio. Yuan. "Von den Bauern wurden illegal überhöhte Preise für Saatgut, Düngemittel, Dieselöl und Pflanzenschutzmittel gefordert, und sie wurden gezwungen, Schulgebühren und andere örtliche Steuern zu zahlen sowie Rechnungen für Ärzte, Tierärzte, Wasserleitungen und die Polizei." Der Staat hatte die Ankaufpreise für agrarische Erzeugnisse erhöht, "um die Bauern davon zu überzeugen, mehr Nahrungsmittel zu produzieren". Die illegalen Preiserhöhungen haben jedoch dazu geführt, daß die Bauern nicht in den "Genuß der Einkommenssteigerungen gekommen sind, die ihnen zustehen". Nach jüngsten Schätzungen des Ministeriums für Landwirtschaft wird die Getreideernte 1994 unterhalb der Größenordnung von 1993 mit 456,5 Mio.t liegen. Seit 1986 ist der Ankaufpreis für Getreide nahezu verdreifacht worden, aber die Kosten für landwirtschaftliche Betriebsmittel sind in gleicher Größenordnung gestiegen. Aufgrund dieser Preissteigerungen "sind die städtischen Getreidepreise stark

angestiegen. In den 35 größten Städten des Landes liegen sie zur Zeit um gut 50% höher als im Vorjahr." Besonders besorgniserregend ist aus Sicht der zentralen Behörden die nachlassende Getreideproduktion in den südlichen Provinzen des Landes. Dort belief sich die Reisernte 1993 auf 160,1 Mio.t. 1990 hatte sich noch 172,2 Mio.t betragen. Die Provinzen Guangdong, Fujian, Zhejiang und Guangxi sind in der Zwischenzeit zu Nettoimporteuren bei Getreide (5,5 Mio.t) geworden. Wie angespannt die Situation ist, zeigt das Beispiel der Provinz Zhejiang. Dort hatte der Rückgang der Ernte um 1,18 Mio.t im Vorjahr "zu Panikkäufen, Preisanstiegen auf Rekordhöhe und weit verbreiteter Angst unter den Hausfrauen geführt, wie sie seit vielen Jahren nicht mehr vorhanden gewesen war." (SCMP, 17.8.94) -ma-

*(32)

Neuer "Konkurstest"

Staatliche Unternehmen, bei denen keine Hoffnung besteht, in absehbarer Zeit in die Gewinnzone zu geraten, sollen die Möglichkeit erhalten, "im Rahmen eines vorläufigen Versuchs in zwei Städten Konkurs zu beantragen". Bei den beiden Städten handelt es sich um Tianjin und Chongqing. Überlegungen in dieser Richtung hat es bereits seit acht Jahren gegeben. Die Verwirklichung solcher Überlegungen war jedoch "bisher aus sozialen und politischen Gründen zurückgestellt" worden. Das neue Experiment steht offenbar im Zusammenhang mit der wachsenden Erkenntnis, daß zahlreiche staatliche Unternehmen nicht zu sanieren sind. "Sie leiden unter schlechtem Management, Mangel an Entwicklungskapital, veralteter Technologie, hohen Produktionskosten und starken sozialen Belastungen." Vor allem die Bereitstellung von Wohnraum, Schuleinrichtungen und Krankenhäusern für die Belegschaft sind von vielen staatlichen Unternehmen nicht mehr zu tragen.

"Die chinesische Führung ist seit Jahren hin- und hergerissen zwischen dem Wunsch, die Regierung von den gewaltigen Subventionen zu entlasten, die benötigt werden, um die staatlichen Unternehmen am Leben zu erhalten, und der Angst, daß zunehmende Arbeitslosigkeit zu größeren Unruhen führt." (SCMP, 17.8.94) -ma-

*(33)

Aktienmarkt

Anfang August hat die staatliche chinesische Börsenaufsicht mit einer Entscheidung, die Emission weiterer Aktien vorläufig zu unterbinden, auf den unberechenbaren und unübersichtlichen Ablauf auf den beiden chinesischen Wertpapiermärkten reagiert. "Das bizarre Verhalten zeigt, wie undurchsichtig, unberechenbar und unreif Chinas Börsen noch sind." Kurz nach dieser Entscheidung war es zu "ungewöhnlich hohen Kursgewinnen" gekommen. Der Index der an der Börse von Shanghai gehandelten sog. A-Aktien (nur für chinesische Investoren) war um 36% auf 447,69 Punkte gestiegen. Der Index der an der Börse von Shenzhen gehandelten A-Titel um 34% auf 127,37 Punkte. Die Indizes der auch ausländischen Investoren zugänglichen sog. B-Aktien in Shanghai und Shenzhen stiegen ebenfalls an, wenngleich weniger spektakulär. Der Boom war durch die Entscheidung der Aufsichtsbehörde des chinesischen Wertpapierhandels (China Securities Regulatory Commission) in Gang gesetzt worden. Die Kunde, daß "mindestens bis Ende 1994" keine weiteren Titel mehr zum Handel zugelassen werden und daß möglicherweise auch 1995 die Ausgabe von Wertpapieren unterbleibt, beendete den "seit 17 Monaten anhaltenden Abwärtstrend der Börsenkurse". Vor allem unter chinesischen Kleinanlegern war es aufgrund dieser Negativentwicklung zu Unmutäußerungen gekommen. Das Umsatzvolumen auf beiden Wertpapiermärkten war auf einen Wert von weniger als 500 Mio. Yuan täglich zurückgegangen, d.h. knapp ein Fünftel des Tagesumsatzes der anfänglichen Euphoriephase. Es sei nur daran erinnert, daß es im Sommer 1992 in Shenzhen zu mehrtägigen blutigen Unruhen gekommen war, weil zahlreiche Kaufinteressenten befürchteten, beim Aktienkauf zu kurz zu kommen. Gegenwärtig wird die Zahl chinesischer Kleinaktionäre auf 5 Millionen geschätzt. 1992 lag sie wesentlich höher. Ferner ist ein Großteil der angebotenen 267 A-Titel kaum handelbar, da nur 75 Firmen Jahresberichte liefern, die buchhalterischen Ansprüchen genügen. Hinzu kam, daß die Attraktivität des Wertpapierhandels auch deswegen seit Frühjahr 1993 sank, weil die mehrmalige Erhöhung der Sparzinsen sichere Anlagealternativen bot. Das nachlassende Interesse ausländischer Anleger an den insgesamt 50 Firmen

mit B-Aktien ist ebenfalls auf zunehmende Verunsicherung zurückzuführen. Ferner ist den B-Titeln in Form der sog. "H-shares" an der solideren Börse von Hongkong und durch den geplanten Handel von "N-shares" an der New Yorker Börse Konkurrenz entstanden. (NZZ, 6.8.94) -ma-

*(34)

Software-Piraterie

Den regulären internationalen Software-Unternehmen sind nach Schätzungen von Fachleuten auf dem chinesischen Markt 1993 rd. 600 Mio.H\$ aufgrund von illegaler Kopiertätigkeiten für Software verlorengegangen. In China ist "eine ganze Industrie damit beschäftigt, solche Erzeugnisse zu fälschen, bis hin zur Verpackung, Handbüchern und Lizenzformularen". Nach Schätzungen der Hongkonger Business Software Alliance wurden nur 6% der Software, die heute in China verwandt wird, legal erstanden. "Mit anderen Worten: 94% der Computernutzer in China nutzen Erzeugnisse, ohne einen Pfennig zu zahlen. Die Gewinne sind statt dessen der Fälscherindustrie in der Provinz Guangdong zugeflossen, wo 85% der illegalen Software entsteht. Der Rest kommt aus Shanghai, Harbin, Hefei und aus der Provinz Sichuan."

Die chinesische Piratentätigkeit "unterscheidet sich von der Taiwans vor einigen Jahren". Taiwan-Unternehmen hatten die Ausrüstung zumeist für legitime Zwecke gekauft, und sie produzierten die Software im Rahmen einer Lizenz des Herstellers. Allerdings nutzten viele der Taiwan-Unternehmen die Ausrüstung, um zusätzlich Piratenware herzustellen. "Im Gegensatz dazu ist die Software-Piraterie auf dem Festland wesentlich intensiver als auf Taiwan. Das Fälschen wird als Ganztätigkeit durchgeführt, und es werden Ausrüstungen eingesetzt, die ursprünglich für Musik-CDs vorgesehen sind, aber umgearbeitet wurden, um Computer-Software herzustellen." Ferner verfolgen die chinesischen Fälscher "aufmerksam die Trends auf dem Software-Markt". "Sie bewegen sich schnell, um an der neuen Popularität der Software für CD-ROM zu verdienen."

Nach Ansicht der Hongkonger Industrie "hat China eine klare Wahl. Es kann den kurzfristigen Gewinnen aus

dem Verkauf illegaler CDs hinterherjagen, oder es kann beweisen, daß China ein sicherer Platz für High-Tech-Investitionen und Technologietransfer ist und dabei langfristig eine starke Industrie entwickeln. Um den letzteren Weg zu gehen, muß die chinesische Regierung das Piraterieproblem lösen. Das ist keineswegs eine nicht zu bewältigende Forderung." (AWSJ, 8.8.94) -ma-

*(35)

Prestigeobjekt Auto

Während der letzten Jahre galten zuerst Nähmaschinen, dann Fernsehgeräte und schließlich Klimageräte als begehrte Statusobjekte in chinesischen Haushalten mit überdurchschnittlichem Einkommen. Nach Ansicht vieler Beobachter bricht jetzt die Zeit des Autos an. "Das Auto ist dabei, an die Spitze der Liste der am meisten begehrten Konsumartikel für Chinas wohlhabende Familien vorzustoßen." Bis zum Ende dieses Jahrzehnts werden nach verschiedenen Untersuchungen 5 Millionen chinesische Haushalte ein jährliches Einkommen zwischen 30.000 und 50.000 Yuan erzielen. Bisher ist die Zahl der sich im Privatbesitz befindlichen Autos noch gering, aber "der potentielle Markt für Familienautos weist auf eine verheißungsvolle Zukunft für Chinas große Automobilproduzenten hin." Die chinesische Regierung hat im Juni d.J. entschieden, den Automobilbau in den Bereich der Industrien mit Entwicklungsvorrang aufzunehmen. Im Verlauf der nächsten Jahre ist eine Produktionssteigerung auf bis zu 1 Mio. Pkw pro Jahr vorgesehen. (SCMP, 17.8.94) -ma-

*(36)

Bierproduktion

China ist nach den USA zweitgrößter Bierproduzent der Welt. 1993 wurden insgesamt 12,25 Mrd.l Bier hergestellt. Angesichts einer Bevölkerung von rd. 1,2 Milliarden beträgt der Pro-Kopf-Verbrauch im Jahresdurchschnitt gut 10 Liter. Seit 1984 ist die Biererzeugung um durchschnittlich 20% pro Jahr gestiegen. Einen wesentlichen Anteil an den Produktionssteigerungen haben ausländisch-chinesische Gemeinschaftsunternehmen mit australischen, deutschen, japanischen, amerikanischen und anderen Partnern. (NZZ, 9.8.94) -ma-